



**Protokoll der 35. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld
vom Mittwoch, 10. Dezember 2014, 16:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber

Namensaufruf: 34 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderäte Jürg Senn, Mario Weber, Stefan Zahn

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretärin: Heidi Arnold

- - -

Traktanden

- 184 Mitteilungen
- 185 Protokoll der Sitzung vom 12. November 2014
- 186 Ersatzwahl von einem Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Legislaturperiode 2011/2015
(Nachfolge von Tobias Duewel, Fraktion FDP/SVP/EDU)
- 187 Finanzplan 2016 bis 2018 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park
Diskussion, Kenntnisnahme
- 188 Botschaft Anpassung der Zimmerpreise im Alterszentrum Park per 1. Januar 2015
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 189 Voranschlag der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe, des Alterszentrums Park für das Jahr 2015
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

- - -

Departement für Gesundheit und Alter

Erfolgsrechnung, Register 3, Seiten 57 – 65

Gemeinderat Michael Hefti, Referent der GPK Gesellschaft und Gesundheit: Der Nettoaufwand im Departement für Gesundheit und Alter erhöht sich im Voranschlag 2015 verglichen mit dem Voranschlag für das Amt Gesundheit 2014 um 1,128 Mio. Franken. Diese Erhöhung des Nettoaufwands kommt zustande durch gebundene Mehrausgaben bei den Prämienverbilligungen und Pflegefinanzierung und durch die Erhöhung des Personalaufwands durch die Schaffung zweier neuer Stellen. Ausserdem sind durch HRM2 und die Reorganisation Verschiebungen ins Departement geschehen. Bevor ich auf die beiden Stellen zu sprechen komme, möchte ich die übrigen wesentlichen Erhöhungen im Budget erläutern, welche unserer GPK im Vergleich zum letzten Budget präsentiert wurden:

Rund 50'000 Franken entstehen durch den Umzug ins Haus Sapone (Miete und Neumöblierung).

Praktisch 100 % gebundene Mehrausgaben sind 250'000 Franken für höhere Beiträge an Prämienverbilligung und 290'000 Franken für die Pflegefinanzierung. 36'000 Franken gehen an die Spitex und 35'000 Franken entstehend durch die Übernahme der Prämienausstände.

Durch die Umstellung auf HRM2 sind rund 20'000 Franken Mehraufwand durch interne Verrechnungen und andere Budgetierungen eingeflossen. Die Reorganisation verursacht eine Verschiebung von Kostenpunkten ins Departement Gesundheit und Alter, wir sprechen hier von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, der vorher beim Tiefbau war, von 31'800 Franken und den Beiträgen für Perspektive, die vorher beim Sozialen lagen, von rund 260'000 Franken.

Nun zu den beiden neuen Stellen im Konto 4110, Zentrale Dienste, 3010.00, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals: Hier sind nebst dem bestehenden Abteilungssekretariat neu 71'000 Franken für die Amtsleitung und 60'000 Franken Lohnkosten für die Anlaufstelle für Alters- und Generationenfragen budgetiert. Die Anlaufstelle ist Teil des Alterskonzepts, welches der Stadtrat genehmigte und auch im Gemeinderat während der letzten Budgetdebatte trotz intensiver Diskussionen eine breite Zustimmung fand. Nebst den Lohnkosten für die Anlaufstelle sind 25'000 Franken für verschiedene Projekte und 10'000 Franken für das Projekt "Älter werden im Quartier" unter 4000.3131.80 budgetiert.

Zur Verdeutlichung zwei Zahlen zur demografischen Entwicklung in Frauenfeld, welche unserer GPK präsentiert wurden: Zwischen 2004 und 2014 ist die Zahl der Senioren in Frauenfeld um 25 Prozent gestiegen. Wir können davon ausgehen, dass bis 2024 verglichen mit 2004 mit einer Zunahme der Senioren in Frauenfeld um 40 Prozent gerechnet werden kann. Die Arbeit der Anlaufstelle besteht vor allem in der Koordination der unzähligen Angebote, welche in Frauenfeld bereits bestehen. Mahlzeitendienst, Pro Senectute, Rent a Rentner, Rollstuhltaxi, Entlastungsdienst, Seniorentreff, 55plus und so weiter. Ich könnte noch weitere zwanzig Angebote aufzählen und wäre noch lange nicht fertig. Die Anlaufstelle soll Doppelspurigkeiten aufzeigen und die Freiwilligenarbeit gezielt fördern.

Natürlich wurden auch in unserer GPK die Kosten intensiv diskutiert. Hier kann festgehalten werden, dass ein Ziel der Anlaufstelle sein soll, die ambulante Betreuung betagter Menschen in den eigenen vier Wänden auszubauen, um die Kosten für stationäre Aufenthalte im Heim und für die ambulante Spitex nicht explodieren zu lassen. Sprich, Ziel der Anlaufstelle ist auch, trotz der demografischen Entwicklung die Kosten im Griff zu halten. An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass der Regierungsrat ein Moratorium für Pflegeheimplätze beschlossen hat. Die am-

bulante Betreuung soll zwingend ausgebaut werden, um die grösser werdende Anzahl älterer Menschen zu betreuen.

Amtsleitung Gesundheit und Alter: Ich möchte Ihnen einige Zahlen und Stichworte weitergeben, welche in unserer GPK erwähnt wurden als Begründung für die Schaffung der neuen Stelle.

1. Seit fünf Jahren wurde in der GPK Gesellschaft und Sicherheit immer wieder erwähnt, dass im Amt für Gesundheit keine Amtsleitung vorhanden ist und der Stadtrat im Zug der Reorganisation diese Stelle schaffen möchte.
2. Die Abteilung Gesundheit hat einen Aufwand von rund 6 Mio. Franken, vor zehn Jahren lag dieser noch bei 1,5 Mio. Franken. Dies liegt sicher an der bereits erwähnten demografischen Entwicklung, aber auch am grösser werdenden administrativen Aufwand, welcher uns von Bund und Kantonen aufgebürdet wird.
3. Die Abteilung Gesundheit umfasst über 150 Stellen. Zählt man das Personal der Spitex hinzu, die finanziell sehr eng mit dem Departement verknüpft ist, kommt man auf 240 Stellen. 145 davon sind direkt dem Leiter AZP unterstellt.
4. In den letzten Monaten und Jahren haben die Stadträtin als Vorsteherin des Departements und die Abteilungssekretärin übermässig viele Überstunden geleistet.
5. Auch im Alterszentrum Park ist der Umsatz in den letzten zehn Jahren um 40 Prozent gestiegen. Es ist also nicht mehr denkbar, dass die Zentrumsleitung die Amtsleitung innehaben könnte.
6. Seit Kurzem besteht die gesetzliche Pflicht für Gemeinden, Beiträge zur Gesundheitsförderung zu leisten. Diese Aufgabe wurde in den letzten Jahren nur sehr beschränkt erfüllt, weil die Kapazitäten nicht vorhanden waren.

Aus oben genannten Gründen war in unserer GPK die Schaffung einer Amtsleitung für das Departement Gesundheit und Alter durch alle Reihen unbestritten. Die GPK Gesellschaft und Sicherheit hat das Budget Gesundheit und Alter grossmehrheitlich gutgeheissen.

Seite 57

Keine Wortmeldungen.

Seite 58

Gemeinderat Christoph Keller, Referent der Fraktion FDP/SVP/EDU: Wie Sie im Vorfeld zur heutigen Sitzung mitbekommen haben, beabsichtigten Christoph Tschanen und ich, einen mehrteiligen Antrag zum Departement Gesundheit und Alter zu stellen. In der Vorfraktion von heute Nachmittag haben wir Argumente gefunden, um einen neu formulierten Antrag zu stellen, der auch in eine ähnliche Stossrichtung führt. Die vorgeschlagene Amtsleitung möchten wir neu auf 60 % belassen, dafür schlagen wir vor, die Anlaufstelle für Alters- und Generationenfragen um 20 % auf neu 40 % zu reduzieren. Aus dieser vorgeschlagenen Aufteilung ergibt sich neu eine 100%-ige Ansprechmöglichkeit im Departement für Gesundheit und Alter. Somit ist eines unserer Hauptziele erreicht. Das neue Personal sollte effizient und kundenfreundlich eingesetzt werden. Das insgesamt um 100 % aufdotierte Departement Gesundheit und Alter sollte neu aber mit weniger externer Unterstützung auskommen können. Deshalb stellen wir die beiden weiteren Anträge aus dem ursprünglichen Vorschlag dennoch. Wir fordern die Kürzung von Budgetposition 4000.3131.80 Planung und Projektierung Dritter um 25'000 Franken von

80'000 Franken auf 55'000 Franken. Wir möchten zudem eine Reduktion der Budgetposition 4000.3132.80 Diverse Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten um 20'000 Franken von 40'000 Franken auf neu 20'000 Franken. Wir sind überzeugt, dass mit diesem schlanken und effizienten Vorschlag viele Synergien gewonnen werden können. Die neue Amtsleitung und die Anlaufstelle werden so in eine dem momentan finanziellen Spielraum der Stadt gerecht werdende Startposition gebracht.

Gemeinderat Michael Hefti, Referent der Fraktion CVP/EVP: Ich bitte Sie, genannten Antrag zur Reduzierung der Anlaufstelle zurückzuweisen. Wir sind klar der Meinung, dass das der richtige Weg ist, wie ihn der Stadtrat geplant hat.

Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler: Es befinden sich sowohl auf Seite 58 als auch auf Seite 59 Positionen, welche zusammengehören.

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Ich habe nur 58.

Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler: Seite 58 ist nur die Reduktion von 25'000 Franken. Amtsleitung und Anlaufstelle ist nicht dort.

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Auf Seite 58 ist nach meinem Wissen die Position 3131.80 Planung und Projektierung Dritter, Kürzung um 25'000 Franken von 80'000 Franken auf 55'000 Franken und die Position 3132.80 Diverse Honorare externe Berater, Gutachter und Fachexperten, Kürzung um 20'000 Franken von 40'000 Franken auf 20'000 Franken.

Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler: Nur hat es einen Zusammenhang. Ich frage mich, ob man nicht alles zusammen diskutieren kann. Ich kann schon zu diesen zwei Positionen Stellung nehmen.

Der Ratspräsident: Dann nehme ich den dritten Antrag Seite 59 Position 4110.3010.00, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals, Reduktion der Anlaufstelle Koordination im Alter um 20 % von 60 % auf 40 % dazu. Somit diskutieren wir jetzt über Seiten 58 und 59.

Gemeinderat Peter Hausammann: Ich komme jetzt nicht mehr draus. Jetzt würde ich gern wissen, um welchen Antrag es geht. Sind es nun vier Anträge oder ist es nur ein Antrag? Das ist mir jetzt nicht klar.

Der Ratspräsident: Für mich sind es drei Anträge.

Gemeinderat Peter Hausammann: Sind das separate Anträge? Das müssen die Antragsteller sagen. Das ist mir nicht klar geworden.

Gemeinderat Christoph Keller: Es sind drei Anträge, die einen Zusammenhang haben. Drei Anträge, über die einzeln abgestimmt wird.

Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler: Wenn wir nun über drei oder vier verschiedene Anträge abstimmen, dann möchte ich wirklich nur zum ersten Antrag Stellung nehmen, zu diesem Antrag Planung und Projektierung Dritter, wo der Antrag lautet, von 80'000 Franken 25'000 Franken zu streichen. Das sind die Projekte der Anlaufstelle Alter. So muss ich das verstehen, die anderen Beträge sind ja so weit gegeben. Ich beantrage Ihnen, diese Projekte für die Anlaufstelle Alter – es ist vielleicht etwas zu eng formuliert – Anlaufstelle Alter und für die Projekte aus dem

Alterskonzept diese 25'000 Franken drin zu lassen. Wir hatten im ursprünglichen Alterskonzept hierfür 2015 sogar Projekte im Umfang von 45'000 Franken vorgesehen und haben bereits ziemlich reduziert, auch weil die personelle Lage so ist, dass man nicht allzu viel umsetzen kann.

Bei Konto 4000.3132.80 Diverse Honorare, die Reduktion um 20'000 Franken, da bitte ich Sie, diese Reduktion nicht vorzunehmen. Hier geht es mir auch vielleicht etwas ähnlich wie Stadtrat Urs Müller. Hier werde ich nicht wie ein Löwe dafür kämpfen. Wir sind in früheren Jahren vielleicht mit tieferen Honoraren durchgekommen. Es hängt aber damit zusammen, wie die Amtsleitung dann ausgestaltet ist, wie schnell sie kommt, ob sie auf Mitte Jahr kommt, ob sie erst später kommt, je nachdem benötige ich mehr oder weniger Mittel im Jahr 2015. Ich habe bei den Honoraren nie extrem viel ausgegeben, ausser vielleicht, als wir das Alterskonzept erarbeitet haben. Wenn man das um 20'000 Franken reduziert, dann weiss ich es und muss dann halt schauen, wie es funktioniert und allenfalls auch etwas aufschieben.

Gemeinderat Peter Hausammann: Ich möchte nun etwas beliebt machen zum Verfahren. Es geht um diese beiden Positionen, die wir gerade gehört haben und um den dritten Antrag der Personalkosten, was – wie die Antragsteller gesagt haben – zusammengehört. Ich möchte beliebt machen, dass wir zuerst über den Personalaufwand abstimmen. Je nachdem, wie das herauskommt, möchte ich gern anders abstimmen über diese einzelnen Sachaufwendungen. Das ist ja auch die Argumentation der Antragsteller. Sie sagen, wenn wir diese Amtsstelle in ihrem Sinn haben, braucht es die anderen Sachen nicht.

Gemeinderat Marcel Epper: Ich hätte von den Antragstellern noch gern gehört, um welchen Betrag die Löhne des Amts- und Betriebspersonals gekürzt werden sollen. Es geht hier um eine konkrete Frankenbudgetposition, nicht um eine Stellenprozentposition.

Gemeinderat Robert Zahnd: Ich frage die Stadträtin an: Wie hoch ist der Lohn für die Anlaufstelle zu 100%? Dann kann ich Ihnen gleich sagen, wie hoch der Betrag ist, den wir kürzen müssen.

Gemeinderat Peter Hausammann: Könnte man das jeweils nicht vorher klären, wenn man einen Antrag vorbereitet?

Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler: Ich denke, ich habe diese Zahlen mehr als ausgiebig geliefert. Die Anlaufstelle ist mit 60 % budgetiert. 60'000 Franken. Das ist sehr einfach: Die Reduktion ist 20'000 Franken, wenn man die Anlaufstelle auf 40 % reduziert.

Gemeinderat Stefan Leuthold, Referent der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale: Ich habe einen Antrag, der sich auf Seite 59 bezieht, aber da die Seite 59 mit Seite 58 verknüpft ist, erlaube ich mir, diesen jetzt zu stellen.

Es geht um die Position 4110.3010.00, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals: Im Betrag von 158'100 Franken ist das bisherige Abteilungssekretariat, die Anlaufstelle mit 60 % Pensum und neu die Amtsleitung Alter und Gesundheit mit 60 % Pensum budgetiert. Die Anlaufstelle, welche im Versuchsbetrieb weitergeführt wird, ist von der Fraktion CH/Grüne/GLP nicht umstritten. Was jedoch die geplante Amtsleitung betrifft, erhielten wir erst wenige Tage vor der heutigen Sitzung erste Hintergrundinformationen, weshalb die Amtsleiterstelle neu geschaffen werden soll und wie die Ausgestaltung der Stelle aussehen könnte. Uns blieb somit zu wenig Zeit, um uns fraktionsintern eine objektive Meinung bilden zu können. Die Fraktion CH/Grüne/GLP stellt deshalb einen Streichungsantrag für diesen Betrag – die genaue Zahl kann

ich nicht nennen, die ist nicht ersichtlich – welcher für die neue Amtsleitung vorgesehen ist. Per Anfang 2015 oder vor der Budgetierung 2016 wünschen wir rechtzeitig eine separate Botschaft, in welcher die geplante Neubesetzung fundiert begründet wird und im Stellenbeschrieb die Aufgaben und Leitungsfunktionen detailliert aufgeführt werden. Wir bitten Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

Gemeinderat Michael Hefti, Referent der Fraktion CVP/EVP: Ich bitte Sie, auch diesen Antrag abzulehnen. Wir sind klar der Meinung, dass es falsch ist. Im Votum des GPK-Sprechers wurden bereits einige Punkte erwähnt, ich wiederhole dies aber trotzdem. Ich finde, es grenzt schon fast an einen Hohn, diese Stelle um ein Jahr zu verschieben oder diese Amtsleiterstelle gar zu streichen. Im Moment leisten die Stadträtin und das Sekretariat massive Überstunden. Ich finde es verantwortungslos, auf dem Buckel des Personals zu sparen. Das finde ich wirklich nicht richtig. Der Aufwand in dieser Abteilung ist in den letzten Jahren massiv gestiegen. Wir sprechen von einer Vervierfachung des Umsatzes, massiv mehr Personal und natürlich auch von der demografischen Entwicklung. Die Babyboomer kommen jetzt ins Pensionsalter und da muss man einfach auch entsprechend reagieren. Wir haben noch gar nicht von den Angestellten gesprochen, wenn man die Spitex dazuzählt, sind es 240 Stellen. Ich bin klar der Meinung, dass wir diesen Antrag ablehnen müssen.

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Kann der Stadtrat eine Frankenbezeichnung für diese 60 % geben?

Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler: Die Fraktionen bzw. die GPK hat diese Zahlen eigentlich. Budgetiert sind jetzt 158'000 Franken. 60'000 Franken sind für die Anlaufstelle, 71'000 Franken für die Amtsleitung bei 60 % und 27'000 Franken das Abteilungssekretariat, das seit Jahren so funktioniert. Also kann man ausrechnen, was das ist, wenn man sagt, Anlaufstelle 40 %, sind es 40'000 Franken, Amtsleitung 60 % sind 71'000 Franken, das Abteilungssekretariat 27'000 Franken. Das ergibt zusammen 138'000 Franken. Wenn man nun sagt, die Anlaufstelle 60 % gibt 60'000 Franken, das Abteilungssekretariat 27'000 Franken, so ergibt das zusammen 97'000 Franken, da wäre der Antrag von CH/Grüne/GLP. Aber ich sage jetzt nur mal die Zahlen, zu den Gründen, warum ich dagegen bin, werde ich das Wort ja noch erhalten.

Gemeinderätin Monika Landert, Referentin der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Der Prozentanteil der älteren Bevölkerung steigt aus demografischen Gründen stetig an. Deshalb dem Departement Gesundheit und Alter vorzuwerfen, dass in diesem Departement die Ausgaben steigen, finde ich äusserst unfair. Ziel des Alterskonzepts und inbegriffen auch der Anlaufstelle muss es sein, dass unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger so lange wie möglich selbstständig und selbstverantwortlich agieren können. Das setzt Wahlmöglichkeiten, zum Beispiel bezüglich der Wohnformen voraus. Das bedeutet aber auch, dass die älteren Menschen selbst entscheiden können, ob sie zu Hause durch die ambulanten Dienste betreut oder in ein Altersheim oder Pflegeheim eintreten wollen. Wahlmöglichkeiten bedeuten schliesslich auch, dass zwischen verschiedenen Anbietern ausgewählt werden kann. Um diese Wahlmöglichkeiten ausüben zu können, braucht es eine gute Information und eine Unterstützung in Form von Beratung über die Inanspruchnahme von Dienstleistungen sowie allenfalls über Rechte und Pflichten. Diese Aufgaben kann und soll die Anlaufstelle übernehmen, da das auch im Interesse der Stadt ist. Langfristig wird sich das auch für die Stadt auszahlen, denn wenn ältere Menschen länger zu Hause bleiben können, weil sie die dazu nötigen Hilfsangebote kennen, senkt das auch die Kosten im Alters- und Pflegeheimbereich. Der Kanton schliesslich schreibt in seinem Alterskonzept ganz klar, dass die Gemeinden ihrerseits ebenfalls Alterskonzepte zu entwickeln haben. Das hat die Stadt Frauenfeld ja auch gemacht. Nun kann es doch aber nicht sein, dass gleichzeitig ge-

plante Ausgabeposten wie die Anlaufstelle oder benötigte Projektgelder zusammengestrichen oder ganz gekürzt werden und damit das städtische Alterskonzept nicht mehr als ein Papiertiger sein wird. Sparen auf Kosten der älteren Bevölkerungsgruppe scheint mir unangebracht. Schauen wir, dass der Spruch von Dieter Hildebrand nicht als Realität wahrgenommen wird in Frauenfeld: "Im Prinzip ist das Altwerden bei uns erlaubt, aber es wird nicht gern gesehen."

Der Ratspräsident: Ich möchte dem Rat folgende Reihenfolge der Abstimmung über die Anträge vorschlagen: Als Erstes möchte ich den Antrag Amtsleiterstelle, dann die Anlaufstelle, dann Budgetposition Planung und Projektierung Dritter und am Schluss den Budgetposten für diverse Honorare externe Berater, Gutachter und Fachexperten nehmen. Ist der Rat mit diesem Vorgehen einverstanden? Keine Wortmeldungen aus dem Gemeinderat.

Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler: Es wird nicht so einfach werden, wir haben eine ganze Palette von Varianten. Der Stadtrat hat 120 Stellenprozente budgetiert, 60 % Amtsleitung und 60 % Anlaufstelle. Wir haben dann zwischendurch unter der Hand den Antrag von 80 % Amtsleitung unter Aufhebung der Anlaufstelle. Die Begründung damals für die 80 % Amtsleitung, die Sie zum Teil gehört haben, war eigentlich noch einleuchtend, dass nämlich eine Amtsleitung wirklich präsent sein muss. Dieser Antrag ist nun heute nicht mehr da. Jetzt ist noch ein Antrag da von 100 %, das soll dann aufgeteilt werden auf 60 % Amtsleitung und 40 % Anlaufstelle, dann noch der Antrag nur 60 % Anlaufstelle, aber keine Amtsleitung. Ich muss sagen, dass es die Amtsleitung nun wirklich braucht. Es trifft nicht zu, dass der Gemeinderat oder die GPK da nicht rechtzeitig informiert worden sind. Wir hatten beispielsweise am 2. Juli 2014 hier in diesem Rat eine Information über die Neuorganisation der Departemente, da wurde vorgestellt, dass es eine Amtsleitung im Departement Gesundheit und Alter geben soll. Die Gründe wurden damals auch genannt, sie sind auch auf Seite 16 der Botschaft aufgeführt. In der GPK selber habe ich auch Ausführungen gemacht und die Stelle war dort unbestritten. Es wurden auch keine Fragen mehr dazu gestellt. Dann muss ich auch nicht – die Sitzung hat ja sowieso schon vier Stunden gedauert – noch verlängernd weitere Ausführungen dazu machen. In allen Departementen gibt es Amtsleitungen für alle Bereiche, das braucht es auch im Ressort Gesundheit und Alter. Ich muss auch sagen, dass es eigentlich seit Jahren ein Thema ist. Ich habe es nur aufgeschoben, weil eben diese Reorganisation am Laufen war. Ob diese Stelle nun 60 % ist, wie wir es budgetiert haben, oder eben sogar, wie andiskutiert wurde, 80 %, da wäre ich sehr offen. Aber 60 % müssen es ganz sicher sein. Bei der Anlaufstelle ist für mich interessant, dass seitens CH/Grüne/GLP die Anlaufstelle für sinnvoll erachtet wurde, aber nicht der Chef für diese Anlaufstelle. Da wird dann einfach mir eine weitere Führungsaufgabe angehängt, obwohl die jetzige Organisation in meinem Departement bereits heute überholt ist und an sich nicht mehr zukunftstauglich ist. Es ist ja auch so, dass man sagen muss, warum hat es bis jetzt funktioniert? Es hat funktioniert, weil ich mir gesagt habe, die Umsetzung des Alterskonzepts und die Anlaufstelle finde ich wichtig. Da bin ich auch bereit, entsprechend Zeit zusätzlich zu investieren. Aber das ist einfach nicht zukunftstauglich. Das Problem ist auch, dass zu viel Know-how bei mir als Stadträtin ist. Das Know-how muss eigentlich an die Verwaltung übergeben werden, damit es dann auch bei der Stadt bleibt. Bei der Anlaufstelle ist man ja jetzt der Meinung, dass sie laut Antrag von Christoph Tschanen mit 40 % funktionieren soll und nicht mit 60 %. Diese Variante hätte ich mir noch vorstellen können, Amtsleitung 80 % und Projektarbeit auf die Amtsleitung zu übertragen, aber nun 60 % Amtsleitung und 40 % Anlaufstelle ist zu wenig. Da werden keine Projekte umgesetzt, dabei ist das in diesem Bereich wirklich wichtig, auch Projekte, wo wir Sponsoren abholen können. Doch müssen wir auch entsprechend Eigenleistung erbringen, vor allem Woman- oder Manpower. Insgesamt meine ich, dass diese 120 Stellenprozente angebracht sind. Amtsleitung und Anlaufstelle in der gleichen Person würde auch nicht aufgehen, abgesehen davon, dass ich jetzt bei der Anlaufstelle jemanden habe, die befristet angestellt ist.

Aber diese Person ist sicher nicht die richtige Person, um die Amtsleitung zu machen. Dann muss ich diese Person auf 40 % reduzieren, wäre noch machbar, aber dann eine 60 % Amtsleitung wäre nicht gut. Wenn eine Anlaufstelle mit 40 % die Meinung des Gemeinderats ist, müssen wir das entsprechend organisieren. Der Schaden trägt nicht der Gemeinderat, sondern den Schaden tragen Angehörige, Seniorinnen und Senioren, die halt einfach weniger Beratung und weniger Information bekommen. Und wenn wir immer sagen, ambulant vor stationär, muss man das auch umsetzen, da braucht es Informationen, damit man die verschiedenartigen ambulanten Angebote kennt. Und wenn wir von Entlastung der Pflege Angehöriger sprechen, muss man die entsprechende Unterstützung bieten. Die Zahlen, wie es demografisch zunimmt, wurden vom GPK-Sprecher erwähnt, die Seniorinnen und Senioren nehmen zu, da braucht es auch entsprechende Angebotserweiterungen. Wenn wir mehr Kinder haben, bauen wir Schulhäuser, stellen Lehrer an, wenn wir mehr Seniorinnen und Senioren haben, müssen wir in diesem Bereich etwas tun und nicht einfach Altersheime bauen, das ist das Falsche.

Beim Bereich Budget für Projekte bin ich der klaren Meinung, dass wir 25'000 Franken benötigen für Projekte aus dem Alterskonzept. Wir sind im Gespräch mit Stiftungen, die ich bisher gar nicht gekannt habe. Die sind bereit, grössere Projekte zum Beispiel im Demenzbereich mitzufinanzieren, aber dann müssen wir auch selber gewisse Beträge stellen, damit etwas Rechtes zustande kommt. Bei den Honoraren habe ich gesagt, wenn die Stellen wie vom Stadtrat beantragt durchkommen, könnte ich dort auch mit 20'000 Franken Honoraren leben. Wenn aber die Amtsleiterstelle mit 60 % durchkommt und dann die Anlaufstelle nur mit 40 %, brauche ich wieder mehr Honorare. Dann kann man dort nicht 20'000 Franken kürzen.

Gemeinderat Andreas Elliker: Ich stelle den Antrag, zuerst über die Anlaufstelle abzustimmen, weil dieser Antrag zuerst eingegangen ist. Das heisst, die Anlaufstelle wird von 60 % auf 40 % gekürzt, Betrag 20'000 Franken, danach über die Amtsleitung mit 60 %.

Der Ratspräsident: Somit wäre die Reihenfolge der Anträge wie folgt: 1. Anlaufstelle 2. Amtsleitung, 3. Kürzung Budgetposition für Planung und Projektierung Dritter, 4. Kürzung Budgetposition Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten.

Abstimmung über den Antrag der Gemeinderäte Christoph Tschanen und Christoph Keller, Konto 4110.3010.00 Kürzung der Anlaufstelle für Koordination im Alter um 20 % von 60 % auf 40 % und somit um 20'000 Franken. Dem gegenüber steht der Antrag des Stadtrats 60 % bzw. 60'000 Franken.

Antrag Tschanen/Keller:	13 Stimmen
Antrag Stadtrat:	18 Stimmen
Enthaltungen:	5

Der Antrag des Stadtrats, Anlaufstelle mit 60 % wird angenommen.

Abstimmung über Antrag Fraktion CH/Grüne/GLP Konto 4110.3010.00 Streichung der Stelle Amtsleiter 60 %, Betrag 71'000 Franken gegenüber dem Antrag des Stadtrats 60 %, 71'000 Franken:

Antrag CH/Grüne/GLP:	12 Stimmen
Antrag Stadtrat:	15 Stimmen
Enthaltungen:	9

Der Antrag des Stadtrats für die Amtsleitung mit 60 % wird angenommen.

Abstimmung Antrag Gemeinderäte Tschanen/Keller Konto 4000.31.31.80 Kürzung Budgetposition um 25'000 Franken für Planung und Projektierung Dritter von 80'000 Franken auf 55'000 Franken gegenüber dem Antrag des Stadtrats, den Betrag auf 80'000 Franken zu belassen:

Antrag Tschanen/Keller:	18 Stimmen
Antrag Stadtrat:	16 Stimmen
Enthaltungen:	2

Der Antrag der Gemeinderäte Tschanen/Keller, Kürzung des Beitrags für Planung und Projektierung Dritter um 25'000 Franken auf 55'000 Franken wird angenommen.

Abstimmung über Antrag Gemeinderäte Tschanen/Keller Konto 4000.3132.80 Kürzung Budgetposition um 20'000 Franken für diverse Honorare externer Berater, Gutachter und Fachexperten von 40'000 Franken auf 20'000 Franken gegen Antrag des Stadtrats, den Budgetposten bei 40'000 Franken zu belassen:

Antrag Tschanen/Keller:	24 Stimmen
Antrag Stadtrat:	10 Stimmen
Enthaltungen:	2

Der Antrag Tschanen/Keller, Kürzung des Betrags Kürzung Budgetposition um 20'000 Franken für diverse Honorare externer Berater, Gutachter und Fachexperten wird angenommen.

Seiten 60 – 64

Keine Wortmeldungen.

Departement für Gesellschaft und Soziales

Erfolgsrechnung, Register 3, Seiten 64 – 77

Gemeinderat Stefan Leuthold, Referent der GPK Gesellschaft und Soziales: Mit der Verwaltungsreorganisation per 1. Januar 2015 kommen bei diesem Departement nebst den bisherigen Aufgaben neu die Jugendarbeit sowie die Übernahme des Pro Juventute Elternbriefs hinzu. Im Departement für Gesellschaft und Soziales sind ab 1. Januar 2015 zwei Ämter zusammenge-